



## Antrag

der Abgeordneten **Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Verena Osgyan, Katharina Schulze, Kerstin Celina, Ulrich Leiner, Claudia Stamm, Martin Stümpfig** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

### **Erhöhung der Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene für die bereits im Rahmen der Millennium-Entwicklungsziele beschlossene Erhöhung der Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit von 0,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) einzusetzen, welche bisher verfehlt wird.

### **Begründung:**

Die Vereinten Nationen haben sich schon 1970 das Ziel gesetzt, dass die Industrieländer 0,7 Prozent ihres Bruttoinlandsprodukts für öffentliche Entwicklungszusammenarbeit einsetzen sollen (Official Development Assistance - ODA-Quote). Erneuert wurde dieses Vorhaben im Jahr 2000 im Rahmen der Millenniumsziele, die bis 2015 umgesetzt werden sollten. Auch beim G7-Gipfel in Elmau Anfang Juni 2015 wurde dieses Ziel bestätigt: „Wir bekräftigen unsere jeweiligen ODA-Zusagen, wie das Ziel, 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens für öffentliche Entwicklungsleistungen zur Verfügung zu stellen sowie unsere Verpflichtung, den Rückgang öffentlicher Entwicklungsleistungen für die am wenigsten entwickelten Länder umzukehren und die öffentlichen Entwicklungsleistungen besser auf die Länder zu konzentrieren, die ihrer am meisten bedürfen.“

Aber Deutschland ist von diesem Ziel immer noch weit entfernt. Zwar liegen wir mit rund 14,1 Mrd. US-Dollar in 2013 auf Platz drei der zahlungskräftigsten Länder, aber bezogen auf der BIP sind das nur 0,38 Prozent.

Um die ständig steigenden Flüchtlingszahlen zu senken, ist es dringend notwendig, dass mehr Mittel eingesetzt werden, um den Menschen in ihren Heimatländern eine Perspektive zu bieten.